



Blaue Post

ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN

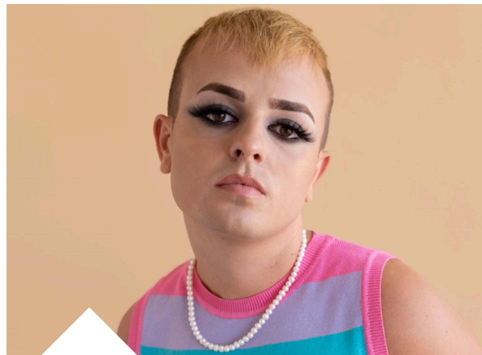
Rettet unsere Industrie!

S. 4/5



SICHERHEIT

von Impfungen neu bewerten! S. 2



VERBOT

von Pubertätsblockern S. 3



KERNKRAFT –

na klar! S. 8



KEINE HEIZUNG

ist illegal! S. 8



GESETZESINITIATIVEN

und Anträge S. 11



ASYLAUSGABEN

explodieren! S. 12



SICHERHEIT
DER CORONA-IMPFSTOFFE
NEU BEWERTEN!

Solange die Sicherheitsbewertung der Corona-Impfstoffe nicht, wie vom Gesetzgeber vorgeschrieben, durchgeführt werden können oder wollen, müssen Impfkampagnen und Impfungen ausgesetzt werden.

Der AfD-Abgeordnete Thomas Prantl zu den Hintergründen: „Laut Gesetz muss die Sicherheit von Impfstoffen permanent vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI) überprüft werden. Das SPD-Sozialministerium schickt aber keinerlei Meldungen von Impfschäden an die Bundesbehörde.“ Begründung: Das PEI habe die Daten nicht angefordert, also würde auch kein Meldeverzug bestehen (Anfrage 7/12313).

Wir fordern die Staatsregierung auf, die ausstehenden Daten sofort an die Bundesbehörde zu melden und die gesetzlich vorgeschriebene Überprüfung der Schadensfälle anzumahnen. „Nur wenn tatsächlich keine Unregelmäßigkeiten mit den neuartigen Impfstoffen nachweisbar sind, dürfen sie wieder zugelassen werden“, unterstreicht Prantl.



Akte Corona arbeitet erlittenes Unrecht auf!

Die sächsische AfD-Fraktion hat ein umfangreiches Dossier zum Corona-Unrecht angelegt. Die „Akte Corona“ ist ab sofort öffentlich einsehbar und wird fortlaufend aktualisiert auf: https://afd-fraktion-sachsen.de/akte-corona/. Die Seite dient als Vorbereitung eines möglichen Untersuchungsausschusses in der nächsten Legislaturperiode.

Ein solcher U-Ausschuss zum Corona-Unrecht muss gut vorbereitet sein und braucht die vollen fünf Jahre einer Legislaturperiode, um der Regierung ihre offensichtlichen Fehler hieb- und stichfest nachzuweisen. Da bereits 2024 die nächsten Landtagswahlen sind, wäre ein U-Ausschuss in der aktuellen Legislaturperiode zur Wirkungslosigkeit verdammt. Das gilt es zu vermeiden.

Die Akte Corona enthüllt, dass Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Sozialministerin Petra Köpping (SPD) viele Sachsen „zur Impfung gedrängt“ haben, obwohl die Corona-Impfung nachweislich keinen Fremdschutz bietet. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit (Artikel 2, Grundgesetz) wurde damit verletzt.

Zudem wurden die meisten Impfopfer vom Freistaat Sachsen im Stich gelassen. Bis heute werden zudem wichtige Daten zur Überwachung der Sicherheit der Corona-Impfstoffe nicht herangezogen. Der gesetzliche Auftrag nach § 13 Abs. 5 IfSG zur Analyse von Abrechnungsdaten ambulanter Ärzte zu Krankheitshäufungen nach der Impfung wird vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI), dem Robert-Koch-Institut (RKI), den Kassenärztlichen Vereinigungen sowie dem Bundesgesundheitsministerium und dem Sächsischen Sozialministerium (!!!) ignoriert.

Die „Akte Corona“ arbeitet auch die drakonischen Zwangsmaßnahmen der Regierung (Lockdowns, Maskenzwang, ...) auf, die zu schwerwiegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen unserer Kinder und Jugendlichen geführt haben.

Gegen mehrere Corona-Verordnungen hat unsere Fraktion Verfassungsklage eingereicht. Die Entscheidungen in der Hauptsache stehen allerdings bis heute aus.

AFD-ANTRAG: Verbot von Pubertätsblockern und Werbung für Geschlechtsumwandlungen



„Die Zahl der Geschlechtsumwandlungen mit Pubertätsblockern und chirurgischen Eingriffen ist drastisch gestiegen“, warnt Doreen Schwietzer, Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik der AfD-Fraktion. „Angeheizt wird dieser Trend durch eine Vielzahl von unkritischen Darstellungen in den Medien.

Dazu kommt der ungehinderte Zugang von Transsexuellen-Lobbyvereinen an sächsischen Schulen, ohne dass deren Projekte vom Kultusministerium überprüft werden.“

Dabei weisen erste Studienergebnisse auf irreversible Schäden durch die Einnahme von gegengeschlechtlichen Hormonen hin. Gerade in den Wirren der Pubertät fühlen sich viele Jugendliche vorübergehend im falschen Körper und wollen das schnell ändern. Viele bereuen die Geschlechtsumwandlung später und leiden sehr stark darunter, dass sie nicht mehr in ihr ursprüngliches Geschlecht zurückkönnen.

Wir fordern deshalb die Staatsregierung in einem Antrag auf (7/13867), Minderjährige vor falschen Versprechungen zu schützen. Sie soll eine Aufklärungskampagne über das Risiko einer Geschlechtsumwandlung ins Leben rufen und Lobbyvereinen wie der „Schule der Vielfalt“ den Zugang zu Bildungseinrichtungen verwehren.

Zudem soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Pubertätsblocker und Geschlechtsumwandlungen für Minderjährige untersagt werden. Ausnahmen sollen nur bei krankhafter Hormonstörung gelten.

AFD-KAMPAGNE: „Genderwahn im Stundenplan“



Sex-Koffer in Kitas, Männer, die sich vor Grundschülern ablecken und offene Werbung für Transsexualität und Geschlechtsumwandlung in der Oberstufe: Diese abartigen Inhalte verbergen sich hinter der harmlosen Bezeichnung „Schule der Vielfalt“.

Die umstrittene Initiative kommt aus NRW und wird bereits in mehreren Bundesländern praktiziert. Nun soll sie auch an sächsischen Schulen Einzug halten. Mit unserer Kampagne wollen wir Gesellschaft und besonders Eltern vor den Gefahren dieser „Sexualpädagogik der Vielfalt“ warnen.

Es ist ein Angriff auf unsere Kinder: Ihre natürliche Schamgrenzen werden deutlich überschritten. Zusätzlich werden Schulkinder mit der linken Theorie indoktriniert, dass es keine biologischen Geschlechter gebe, sondern nur sozial konstruierte. Deshalb könne sich auch jeder sein Geschlecht frei wählen und sich entsprechend mit Hormon-Präparaten behandeln lassen. Wir wollen normalen Aufklärungsunterricht für unsere Kinder, aber nicht diesen Unsinn.

RETTET UNSERE INDUSTRIE!

Wer bisher glaubte, die AfD-Fraktion Sachsen übertreibe mit ihren Warnungen vor einem wirtschaftlichen Totalschaden unseres Landes, der wurde in den letzten Tagen eines Besseren belehrt.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) schlug in ungewöhnlich eindringlicher Weise Alarm und sieht erhebliche Anzeichen für den „Beginn der Deindustrialisierung".

Denn: Noch nie zogen Unternehmen so viel Geld aus Deutschland ab wie 2022. Reihenweise gehen deutsche Unternehmen also ins Ausland und ausländische Unternehmen machen einen Bogen um die Bundesrepublik.

Insgesamt lagen 2022 die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland um 125 Milliarden Euro höher als die Investitionen ausländischer Unternehmen bei uns. Vor allem zieht es sie in die Kernkraft-Länder Frankreich und Polen. Damit ist die Hauptursache der Industrieflucht auch schon klar: Die extremen Energiepreise in Deutschland machen es für die Industrie unmöglich, langfristig stabil und rentabel wirtschaften zu können. Deshalb verabschieden sie sich vom Standort Deutschland.

Hinzu kommen noch einige andere Faktoren: Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) bemängelt, dass unsere Auto-Industrie durch den staatlich erzwungenen Umstieg auf die Elektromobilität „herzkrank" geworden sei. Darüber hinaus schwäche die Förderpolitik der Europäischen Union den Standort Deutschland. „Ab Juni 2021 werden EU-Staaten Zuschüsse und Kredite von mehr als 800 Milliarden Euro gewährt", heißt es in der Analyse.

Die Crux dabei: Dieses Geld kommt hauptsächlich von deutschen Steuerzahlern und sorgt dafür, dass die Industrie mit Staatshilfe aus Deutschland ins europäische Ausland abwandert. Was für ein Irrsinn!

Nach Deutschland zieht es somit nur noch Unternehmen, die von der Bundesregierung mit üppigen Subventionen bedacht werden. Der US-Konzern „Intel" mit einem jährlichen Gewinn von acht Milliarden Euro erhält z.B. zehn Milliarden Euro vom deutschen Steuerzahler, damit er in der Nähe von Magdeburg einen Standort eröffnet.

Diese zehn Milliarden Euro bedeuten, dass jeder Arbeitsplatz mit einer Million Euro gefördert wird. Mit einer funktionierenden Marktwirtschaft hat das nur noch sehr wenig zu tun.

Trotz dieser Anstrengungen ist die deutsche Industrieproduktion seit 2015 um sechs Prozent geschrumpft, während sie im Rest Europas um acht Prozent gewachsen ist. Offensichtlich macht die deutsche Regierung also ganz gewaltige Fehler. Unsere Nachbarn sind jedenfalls deutlich besser durch die Krisen der letzten Jahre gekommen.

Was ist somit zu tun? Das A und O unseres Wohlstands sind günstige Energiepreise. Diese über einen subventionierten „Industriestrompreis" nur bestimmten Unternehmen einzuräumen, läuft jedoch auf eine Benachteiligung der Privathaushalte und des kleinteilig geprägten Handwerks hinaus.

Es gibt daher nur einen Weg: Wir müssen schnellstmöglich wieder in die Kernkraft einsteigen. Wir brauchen schnellstmöglich wieder russisches Öl, russisches Gas und andere günstige Rohstoffe. Und: Wir brauchen selbstverständlich auch unsere Kohlekraftwerke ohne festes Ausstiegsdatum.

Ebenso zeigt sich: Wenn die deutsche Politik unsere europäischen Nachbarn großzügig mit Geld versorgt und zuletzt an Deutschland denkt, ruiniert das unser Land. Es ist daher völlig legitim, „Deutschland zuerst" zu fordern. Denn nur „Deutschland zuerst" erhält Arbeitsplätze in Deutschland. Und nur mit einem „Deutschland zuerst" gibt es eine Zukunft für die Industrie in unserem Land.

Die begrüßenswerte Initiative „Rettet unsere Industrie" behauptet, für unsere Industrie sei es „fünf nach zwölf" und für unsere Arbeitsplätze „zwei Minuten vor zwölf".

Diese Ungleichzeitigkeit wiegt viele noch in Sicherheit. Zunächst sinken die Investitionen, während Fabriken im Ausland gebaut werden. Erst einige Jahre später steigt dann auf einmal die Arbeitslosigkeit.

Vor diesem Szenario müssen wir Deutschland bewahren. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam die Industrie retten! Lassen Sie uns gemeinsam unseren Wohlstand retten! Und unterstützen Sie die AfD dabei, unser Land vor dem Ruin zu bewahren.

Wir übertreiben bei unseren Warnungen leider nicht …



UNSERE ABGEORDNETEN STELLEN SICH VOR



Jörg Urban
Fraktionsvorsitzender
Diplomingenieur für Wasserbau
Umweltpolitischer Sprecher
joerg.urban@slt.sachsen.de



Jan Zwerg
Parlamentar. Geschäftsführer
Unternehmer
Energiepolitischer Sprecher
jan-oliver.zwerg@slt.sachsen.de



Sebastian Wippel
1. stellv. Fraktionsvorsitzender
Polizist,
Dipl.-Verwaltungswirt (FH)
Innenpolitischer Sprecher
sebastian.wippel@slt.sachsen.de



Dr. Rolf Weigand
2. stellv. Fraktionsvorsitzender
Dipl.-Ingenieur für Keramik, Glas- und Baustofftechnik
Bildungs- und wissenschafts- politischer Sprecher
rolf.weigand@slt.sachsen.de



Torsten Gahler
3. stellv. Fraktionsvorsitzende
Betriebsprüfer
Medienpolitischer Sprecher
torsten.gahler@slt.sachsen.de



Frank Peschel
Verlagsinhaber
Sprecher für Wirtschaft und Industrialisierung
frank.peschel@slt.sachsen.de



Thomas Thumm
Vertriebsleiter
Sprecher für Regionalentwicklung
thomas.thumm@slt.sachsen.de



Norbert Otto Mayer
Elektromechaniker,
Unternehmer
norbert.mayer@slt.sachsen.de



Dietmar Frank Schaufel
Augenoptiker
Gesundheits- und pflege- politischer Sprecher
dietmarfrank.schaufel @slt.sachsen.de



Gudrun Petzold
Dipl.-Ing. für Umwelttechnik,
Heilpraktikerin
Sprecherin für Seniorenpolitik
Sprecherin für Behindertenpolitik
gudrun.petzold@slt.sachsen.de



Roberto Kuhnert
Instandhaltungsmechaniker, Baudienstleister
Bergbaupolitischer Sprecher
roberto.kuhnert@slt.sachsen.de



Mario Kumpf
Gastronom
Sprecher für ländlichen Tourismus
mario.kumpf@slt.sachsen.de



Holger Hentschel
Wirtschaftswissenschaftler B.Sc.
Sportpolitischer Sprecher
Baupolitischer Sprecher
holger.hentschel@slt.sachsen.de



Dr. Volker Dringenberg
Rechtsanwalt
Sprecher für Verfassung und Rechtspolitik
volker.dringenberg@slt.sachsen.de



Hans-Jürgen Zickler
Kaufmännischer Angestellter
Sprecher für städtischen Tourismus
Sprecher für Binnenschifffahrt
hans-juergen.zickler@slt.sachsen.de



Romy Penz
Geschäftsführerin
Sprecherin für Denkmalschutz
romy.penz@slt.sachsen.de



Jörg Dornau
Selbstständiger Berater
Landwirtschaftspolitischer Sprecher
joerg.dornau@slt.sachsen.de



Jörg Steffen Kühne
Verlagsangestellter
Kirchenpolitischer Sprecher
joergsteffen.kuehne@slt.sachsen.de



Dr. Volker Dringenberg
Rechtsanwalt
Sprecher für Verfassung und Rechtspolitik
volker.dringenberg@slt.sachsen.de



René Hein
Selbständiger Unternehmer
Sprecher für Jagd, Wald und Forst
rene.hein@slt.sachsen.de



Martina Jost
Beisitzerin im Fraktionsvorstand
Dipl.-Ingenieur-Ökonomin
Sprecherin für Gesellschaftspolitik und Migration
martina.jost@slt.sachsen.de



Alexander Wiesner
Beisitzer im Fraktionsvorstand
Unternehmensberater
alexander.wiesner@slt.sachsen.de



Dr. Joachim Michael Keiler
Beisitzer im Fraktionsvorstand
Rechtsanwalt
Europapolitischer Sprecher
joachimmichael.keiler@slt.sachsen.de



Lars Kuppi
Beisitzer im Fraktionsvorstand
Polizist
Sprecher für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz
lars.kuppi@slt.sachsen.de



André Wendt
2. Vizepräsident d. Sächs. Landtags
Berufssoldat, IT-System- und Netzwerkadministrator
Sprecher für Verbraucherschutz
andre.wendt@slt.sachsen.de



Carsten Hütter
Kfz-Mechatroniker (Meister), Selbstständiger Unternehmer
Sicherheitspolitischer Sprecher
carsten.huetter@slt.sachsen.de



Mario Beger
Fliesen-, Platten- und Mosaiklegermeister
Handwerkspolitischer Sprecher
Weinbaupolitischer Sprecher
mario.beger@slt.sachsen.de



Thomas Kirste
Diplom-Bertriebswirt (FH), Hochschulmitarbeiter
Kulturpolitischer Sprecher
thomas.kirste@slt.sachsen.de



Timo Schreyer
Dachdeckermeister
Sprecher für Vertriebene und Spätaussiedler
timo.schreyer@slt.sachsen.de



Doreen Schwietzer
Geprüfte Bilanzbuchhalterin
Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
Sorbenpolitische Sprecherin
doreen.schwietzer@slt.sachsen.de



Ulrich Lupart
Bürgermeister a. D.
Sprecher für Heimat und Tradition
ulrichwilli.lupart@slt.sachsen.de



Tobias Keller
Meister für Gas-Wasser-Installation
Verkehrspolitischer Sprecher
tobias.keller@slt.sachsen.de



Thomas Prantl
Diplom-Agraringenieur
Sprecher für Tierschutz
Naturschutzpolitischer Sprecher
thomas.prantl@slt.sachsen.de



André Barth
Jurist
Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher
andre.barth@slt.sachsen.de



Roland Walter Hermann Ulbrich
Rechtsanwalt
Kommunalpolitischer Sprecher
rolandwalterhermann.ulbrich@slt.sachsen.de



Jens Oberhoffner
Dipl.-Betriebswirt (FH), Vertriebsleiter
Sprecher für regionale Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen
jens.oberhoffner@slt.sachsen.de



MP KRETSCHMER WIRBT FÜR HÖHERE RUNDFUNK-GEBÜHREN

CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer hat den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als eine „Insel der Verlässlichkeit" gelobt. Auch die Kritik anderer Ministerpräsidenten an abermals steigenden Rundfunkgebühren wies er entschieden zurück.

„Der Ministerpräsident scheint allen Grund zu haben, den Staatsfunk über den grünen Klee zu loben. Schließlich wird dort vorrangig Regierungsjournalismus betrieben", kritisiert Torsten Gahler, medienpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. „Kretschmer kann seine Ideen vortragen, ohne kritische Nachfragen befürchten zu müssen. Die wohlwollende Berichterstattung lässt sich die Staatsregierung auch einiges kosten. Führende MDR-Journalisten werden gern mit zusätzlichen Aufträgen aus den Ministerien in Abhängigkeiten verwickelt."

Wir haben deshalb beantragt, dass diese Doppelbeschäftigungen beendet werden müssen (7/12370). Zudem müssen die Pläne des Staatsfunks, die Zwangsgebühren auf bis zu 25 Euro pro Monat anzuheben, verhindert werden. Es befremdet, dass Herr Kretschmer offensiv für eine Gebührenerhöhung wirbt und seinen eigenen CDU-Kollegen in den Rücken fällt. Die AfD fordert dagegen die Abschaffung der Zwangsgebühren wie in Frankreich.



KERNKRAFT



Der grüne Umweltminister Wolfram Günther fabuliert, dass er Sachsen zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien versorgen will. Wie das an Tagen funktionieren soll, an denen Sonne und Wind keinen Strom liefern, verrät er allerdings nicht. Nach der umstrittenen Abschaltung der letzten Kernkraftwerke sichern uns schon jetzt nur noch die Kohlekraftwerke vor einem Blackout. „Der langfristige Ausstieg aus der Kohle ist nur realistisch, wenn an die Stelle der alten Kohlekraftwerke moderne Kernkraftwerke gebaut werden. Genau das wünschen wir uns für Sachsen.

Die Staatsregierung sollte daher schleunigst den Neubau von Kernkraftwerken in Lippendorf und Boxberg prüfen", erklärt der energiepolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Jan Zwerg.

Bereits vor drei Jahren startete die AfD-Fraktion ihre Kampagne: Kernkraft – Na klar! Damals wurden wir von den Medien und der politischen Konkurrenz belächelt.

Heute sind bereits über zwei Drittel der Deutschen pro Kernkraft und die meisten unserer Nachbarländer planen neue Kernkraftwerke.

Keine Windräder in unseren Wäldern!



Für uns ist klar: Unsere Bürger und unsere Natur dürfen nicht noch mehr unter der gescheiterten Energiewende leiden. Deshalb kämpfen wir gegen Windräder in der Nähe von Wohnhäusern und im Wald.

Bereits kurz nach der Landtagswahl 2019 starteten wir unsere Windkraft-Kampagne. An Infoständen klärten wir die Bürger über die zahlreichen Gesundheitsschäden durch Windräder auf: Lärm, Schattenschlag und Infraschall können die Lebensqualität massiv einschränken. Wie wichtig unsere Kampagne ist, zeigte sich bereits kurze Zeit später.

„Im Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und SPD steht klipp und klar, dass Windindustrieanlagen im Wald prinzipiell ausgeschlossen werden“, erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban. „Dieses Versprechen wird nun nicht nur gebrochen. Die Regierung plant vielmehr inzwischen den größten Anschlag auf den Wald in der Geschichte des Freistaates Sachsen.“

Das Landesumweltamt hält insgesamt 35 Prozent der sächsischen Waldfläche geeignet für Windindustrieanlagen und wirbt intensiv um Investoren.

Sanierungszwang verhindern –

AFD-ANTRAG: „KEINE HEIZUNG IST ILLEGAL“

„Der von der Bundesregierung geplante Zwang zum Heizungstausch bedeutet für viele Bürger kalte Enteignung und Wohlstandsverlust“, kritisiert der AfD-Abgeordnete Thomas Thumm. „Die große Mehrheit der Sachsen lehnt diese unsinnige Maßnahme zu Recht ab. Denn es ist völlig irrelevant, wie viel CO2 wir in Deutschland einsparen.“

Während Familie Müller keine Öl- und Gasheizung mehr einbauen darf, entstehen andernorts jede Woche zwei neue Kohlekraftwerke. Während Familie Schmidt sich für die Wärmesanierung verschulden muss, werden in Indien sogar mit deutscher Entwicklungshilfe Kohlekraftwerke ans Netz gebracht.

Wir forderten deshalb die CDU-geführte Staatsregierung mit unserem Antrag „Keine Heizung ist illegal“ (7/13542) auf, das umstrittene Heizungsgesetz im Bundesrat zu verhindern.

Beim Stoppen der überzogenen Klima-Auflagen ist auf die CDU jedoch generell generell kein Verlass. Schlimmer noch: Dass Deutschland vorzeitig 2045 klimaneutral sein will, den Verbrennungsmotor abschafft und die Bürger immer mehr CO2-Steuer zahlen müssen, ist das gefährliche Resultat der letzten CDU-Bundesregierung.





Linke Gewalt immer schlimmer:
Warum handelt die Regierung nicht?

Die Zahl der linken Gewalttaten ist im letzten Jahr um 50 Prozent auf 174 Delikte gestiegen. Mittlerweile ist sie dreimal so hoch wie die Zahl rechter Gewalttaten.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht irgendwo ein PKW oder ein Baufahrzeug brennt. Auch Polizeistationen, Rettungskräfte und Andersdenkende werden regelmäßig brutal angegriffen. Laut Sicherheitsbehörden stehen wir in Sachsen kurz vor der Herausbildung von terroristischen Strukturen im Linksextremismus und die Radikalisierungsspirale nimmt immer weiter zu.

Leipzig ist zu einer führenden linksextremen Hochburg von ganz Deutschland verkommen. Dieses Totalversagen haben CDU und SPD zu verantworten, die jahrelang weggeschaut haben. „Es reicht nicht, wenn CDU-Innenminister Armin Schuster jetzt viel zu spät ein ominöses Konzept Linksextremismus ankündigt“, kritisiert der sicherheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Carsten Hütter. „Schuster muss endlich handeln! Die Staatsregierung muss die finanzielle Förderung von linksradikalen Vereinen beenden.

Darüber hinaus muss das Personal der Soko LinX massiv aufgestockt und in ganz Sachsen aktiv werden.“

Gefallenen-Denkmale:
Fördermittel von 100.000 auf 3 Millionen Euro erhöhen!

Laut einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/13245) des AfD-Abgeordneten André Wendt gibt es in Sachsen 1961 Kriegerdenkmale, 41 Gedenktafeln, 51 Gedenksteine und 90 Mahn- und Gedenkstätten für Gefallene.



Zur Sanierung dieser Denkmale werden ab dem Jahr 2023 lediglich 100.000 Euro vorgehalten. „Aus unserer Sicht sollten die Fördermittel auf drei Millionen Euro pro Jahr erhöht werden“, sagt Wendt. Das haben wir inzwischen beantragt (7/13544).

Teilweise nur 16 Prozent der Uni-Professoren in Sachsen sind Ostdeutsche

Ostdeutsche Professoren sind an sächsischen Universitäten stark unterrepräsentiert. Laut AfD-Anfrage (7/13535) wurden an den großen Universitäten in Leipzig, Chemnitz und Dresden jeweils nur 16, 22 und 27 Prozent der Professoren in ostdeutschen Bundesländern oder Berlin geboren. An der medizinischen Fakultät der TU Dresden waren es sogar nur sieben Prozent, fand unser bildungspolitischer Sprecher Dr. Rolf Weigand heraus.

AUSGEWÄHLTE GESETZESINITIATIVEN & ANTRÄGE

Gesetze

5. Juni 2023:
Änderung des **Pressegesetzes**: Zeitungen sollen dazu verpflichtet werden, ihre finanzielle Abhängigkeit von Parteien kenntlich zu machen. (7/13587)

15. März 2023:
Veto-Recht für Kommunen bei Zuweisung zusätzlicher Asylbewerber. (7/12835)

14. Oktober 2022:
Senkung der **Grunderwerbsteuer** auf ein Prozent. Die Regierung hat sie Anfang 2023 auf 5,5 Prozent erhöht. (7/11154)

23. November 2020:
Gesetz gegen **Lobbyismus** in Sachsen durch Schaffung eines Lobbyregisters. (7/4681)

10. Juni 2020:
Gesetz für mehr **direkte Demokratie** im Freistaat Sachsen. (7/2702)

Anträge

30. Mai 2023:
Keine **Heizung** ist illegal! (7/13542)

28. April 2023:
Rückführung zur Chefsache machen! Aus dem Sächsischen Ausländerbeauftragten muss ein Rückführungsbeauftragter in der Staatskanzlei werden. (7/13270)

24. April 2023:
Deutschland steht zur **Kernenergie** – Rückbaumoratorium für Kernkraftwerke bis zur Bundestagswahl. (7/13210)

6. April 2023:
Sachsens Azubis einen Zuschuss für den **Führerschein** gewähren. (7/13068)

1. Februar 2023:
Mitarbeitern der Regierung Tätigkeiten beim **MDR** untersagen. (7/12370)

5. Dezember 2022:
Corona-Bußgeldverfahren einstellen – Bußgelder erlassen. (7/11467)

10. November 2022:
Kein zweites 2015 – Altersfeststellung durch ärztliche Untersuchung bei **unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA)** umsetzen. (7/11330)

13. April 2022:
Landwirtschaft statt **Solaranlagen**! Vorfahrt für die Ernährungssicherheit. Photovoltaikanlagen weg vom Acker. (7/9629)

14. Oktober 2021:
Keine **Gender-Sprache** an Schulen! (7/7939)

19. Januar 2021:
Stärkung der **Angehörigenpflege**: Landespflegefördergeld für alle, die Familienmitglieder zu Hause in den eigenen vier Wänden betreuen. (7/5242)



Impressum

Herausgeber: AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

E/Mail: presse@afd-fraktion-sachsen.de, info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion: Felix Menzel
V.i.S.d.P.: Bernd Lommel

Druck: Druckhaus Scholz GmbH
Auflagenhöhe: 10.000 Stk.
Ausgabe: Nr. 38 / August 2023

Fotonachweise: *www.pixabay.com/652234: Titelbild, www.pixabay.com/kfuhlert: S. 2 (unten), Titelseite 1. Reihe, links, www.pixabay.com/avantrend: Titelseite 2. Reihe, links, www.freepik.com/freepik: S. 3 (oben), 1. Reihe, Mitte, www.pixabay.com/652234: S. 4/5 www.stock.adobe.com/bluedesign: S. 12 (oben), Titelseite 2. Reihe, rechts*




AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de


AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen


AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT


AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9Tblf

Hinweis

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden!

ASYLAUSGABEN EXPLODIEREN:

REGIERUNG WILL STILL UND HEIMLICH 100 MILLIONEN EURO ZUSÄTZLICH FÜR 2023!

Das Finanzministerium rechnet für 2023 nunmehr mit Asylausgaben in Höhe von rund 450 Millionen Euro. Im Haushalt sind aber nur rund 344 Millionen Euro vorgesehen. Aus diesem Grund musste sich Ende Juni der Haushalts- und Finanzausschuss mit einem Antrag des Innenministeriums auf Einwilligung überplanmäßiger Ausgaben in Höhe von 97,9 Millionen Euro beschäftigen. Dabei wird mit 13 Millionen Euro allein an zusätzlichen personengebundenen Geldleistungen an Asylbewerber in Erstaufnahmen kalkuliert.

Von den verfügbaren 14 Millionen Euro für 2023 wurden bereits 10 Millionen Euro bis 1. Juni verbraucht.

„Wir haben derzeit deutlich geringere Steuereinnahmen, als erwartet, aber regelrecht explodierende Asylkosten“, erklärt dazu der finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, André Barth. „Was mich besonders empört, sind die hohen Taschengelder und Gesundheitskosten für illegale Migranten. Die Regierung muss endlich komplett auf das Sachleistungsprinzip umstellen, Grenzkontrollen durchführen und eine Abschiebeoffensive starten.“ Für Abschiebung sind wir bereit, Steuergelder auszugeben. Die Vollversorgung illegaler Migranten können wir uns indes nicht leisten. Die 100 Millionen Euro an außerplanmäßigen Zusatzausgaben brauchen wir für unser eigenes Land.



BUTTERBROT STATT BARGELD!

SACH- STATT GELDLEISTUNGEN IN SACHSENS ASYLEINRICHTUNGEN



Die AfD will die finanziellen Anreize zur Einwanderung nach Sachsen verringern. „Angesichts der unkontrollierten Masseneinwanderung sind immer mehr Kommunen in Sachsen am Limit“, erklärt die migrationspolitische Sprecherin Martina Jost. „Es fehlt an Wohnungen, Kita- und Schulplätzen sowie an medizinischer Versorgung. Zudem können viele Kommunen die hohen Sozialkosten der Migranten nicht mehr stemmen.“

In Europa ist Deutschland seit Jahren das Hauptzielland aller Migranten. Die Gründe hierfür sind: Üppige Geldzahlungen und so gut wie keine Abschiebungen von abgelehnten, ausreisepflichtigen Asylbewerbern.

Wir fordern deshalb die Staatsregierung mit einem Antrag (7/13866) auf, den finanziellen Sog-Faktor nach Sachsen zu stoppen. Asylbewerber sollen nur noch mit notwendigsten Sachleistungen wie Essen und Kleidung versorgt werden und kein Bargeld mehr erhalten. Zudem sollen sie verpflichtend Arbeitsgelegenheiten annehmen, um im Gastland eine Gegenleistung zu erbringen und die neue Kultur zu erlernen.